

Arbeitgeber, Arbeitnehmer und das Scheitern des passiven Widerstands 1923 im Ruhrgebiet

Die Überlebenschancen der jungen deutschen Republik wurden durch die wiederholten Krisen des Jahres 1923 gravierend beeinträchtigt. Wenn die Erwartungen der Nachkriegsrevolution vielleicht übertrieben scheinen, wurde trotzdem ihr Scheitern von republikanischen Kreisen als eine Art Verrat betrachtet. Man braucht sich nur an die verschiedenen antidemokratischen Putschversuche, an die verheerenden Folgen der großen Inflation, oder, im arbeitspolitischen Bereich, an das Ende des Achtstundentages zu erinnern, um durchaus Verständnis dafür zu haben. Die Republik vermochte es, sich zu stabilisieren, aber geistig und politisch war sie kaum imstande, nochmals eine schwere Krise durchzustehen.

Da die Nationalsozialisten letzten Endes von dieser Schwäche profitierten, ist die Weimarer Geschichtsschreibung mit einem Pessimismus durchdrungen, aber trotz ihrer unbestrittenen Stichhaltigkeit wird diese Haltung jetzt von manchen Seiten als übertrieben betrachtet.¹ Auch wenn die Weimarer Zeit zwischen die Epochen des Kaiserreichs und des Nationalsozialismus fiel, darf man trotzdem fragen, ob die Republik bloß als unglückliches Zwischen- oder Vorspiel fungierte.² Solche Fragen spiegeln sich in den historischen Darstellungen wider, die sich mit der Ruhrkrise und dem passiven Widerstandskampf von 1923 befassen. Auf der einen Seite schreibt Hans Mommsen zum Beispiel: „Im Grunde handelte es sich um einen Rückfall in die nationale Prestigepolitik, wie sie die Gegner der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrag 1919 gefordert hatten.“³ Dieser Einschätzung nach wäre ein deutscher Sieg an der Ruhr kaum zu begrüßen, da er nur die reaktionären, republikfeindlichen Kräfte – darunter die Großindustriellen – gestärkt hätte.⁴ Aus ähnlichen Gründen wurde auch das Scheitern der französischen Ruhrpolitik, trotz des deutschen Zusammenbruchs vom September 1923, von französischen Historikern beklagt. Ein grundsätzlich revanchistisches Deutschland nutzte die Kompromissbereitschaft der Alliierten aus, um günstige Ausgangspositionen für eine weitgehende revisionistische Außenpolitik aufzubauen.⁵ Schon vor etwa

1 Siehe etwa Marcus Gräser, Rezension von David Crew, *Germans on Welfare. From Weimar to Hitler*, in: *German Historical Institute London. Bulletin*, XXII, No 1 (2000), S. 65-6.

2 Unter den Pessimisten: Fritz Fischer, *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945*, Düsseldorf 1979; Detlev K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt am Main 1987.

3 Hans Mommsen, *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933*, Frankfurt am Main/Berlin 1990, S. 142.

4 Vgl. Charles Maier, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the decade after World War I*, Princeton 1975, bes. S. 390, 419, 445-447.

5 Solche Meinungen waren vor etwa zwanzig Jahren besonders bei nordamerikanischen Historikern Frankreichs vorhanden. Darunter: Marc Trachtenberg, *Reparation in World Politics. France and European Diplomacy 1916-1923*, New York 1980, S. 334: "The story might have had a very different en-

zwanzig Jahren äußerte sich Jon Jacobson gegen solche pessimistischen Einschätzungen⁶ und inzwischen haben führende französische Historiographen frühere Auswertungen der Pariser Nachkriegsaußenpolitik grundlegend revidiert. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass sich die Regierung Poincarés gezielt bemühte, die multilateralen Friedens- und Reparationsabkommen durch eine eigenständige französische Sicherheitspolitik zu ersetzen, die den Revisionismus einer geschwächten deutschen Regierung in den Schatten stellte.⁷ Dabei erstaunt es, dass die republikanische Bewegung Weimars stets Anspruch auf den Ruhrkampf erhoben habe, den sie als Verteidigungskampf gegen außen- und innenpolitische Feinde der jungen Republik beschrieb.⁸ Obwohl der deutsche Historiker Michael Ruck den Ruhrkampf etwas skeptischer betrachtet, spricht Barbara Müller von einer friedlichen passiven Widerstandskampagne, die von der Ruhrbevölkerung selber ausgeführt wurde.⁹ Solche Diskrepanzen machen es hier notwendig, uns zuerst mit allgemeineren Fragen zu befassen, bevor wir die Krise in der Endphase des Ruhrkampfes näher untersuchen können. Das Verhältnis zwischen Großindustrie und Regierung, die Ursprünge und das Wesen des passiven Widerstands und die eigentlichen Ziele Frankreichs müssen, so kurz wie möglich, analysiert werden.

Nach damaligen französischen Ansichten bestand 1923 in Deutschland eine intime, fast organische Verbindung zwischen Großindustrie und Regierung, die die Richtschnüre des passiven Widerstandes bestimmte. Kurz nach dem alliierten Einmarsch ins Ruhrgebiet schrieb der Verfasser eines französischen Propagandapamphlets:

„Ruiniert, bedroht, und dazu noch mit immer größeren Offenheit beschimpft, mussten endlich die Hauptleidtragenden, Frankreich und Belgien, ein Mittel suchen, um nicht um den ganzen Erfolg ihrer Opfer betrogen zu werden. [...] Das Pfand verlangen Frankreich und Belgien von den wirklichen Inhabern des deutschen Vermögens, welche zugleich die wirklichen Machthaber sind: Stinnes, Thyssen, Haniel, Krupp, usw. Deshalb sind sie ins Ruhrgebiet gekommen, und nicht in irgend einen anderen Teil des deutschen Gebietes.“¹⁰

ding if French policy had had a firmer conceptual foundation. [...] If France had succeeded in the Ruhr events after 1923 might have taken a completely different course“. Siehe auch: Walter McDougall, *France's Rhineland Diplomacy*, Princeton 1978; Stephen A. Schuker, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976.

- 6 Jon Jacobson, *Strategies of French Foreign Policy after World War I*, in: *Journal of Modern History*, 55(1) (1983), S. 78-95.
- 7 Siehe u.A.: Jacques Bariéty, *Le Traité de Versailles et l'ambition d'industrialiser la France*, in: *revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 30(1) (1998), S. 41-52; Christian Baechler, *Gustave Stresemann (1878-1929). De l'imperialisme à la sécurité collective*, Straßburg 1996, bes. S. 327-549; Stanislas Jeannesson, *Poincaré, la France et la Ruhr (1922-1924). Histoire d'une occupation*, Straßburg 1998.
- 8 Vgl. etwa Lothar Erdmann, *Die Gewerkschaften im Ruhrkampfe*. Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1924; *Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1920 bis 1924*, hg. v. Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1924, S. 30-3, 73-7.
- 9 Michael Ruck, *Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923*, Frankfurt am Main 1986; Barbara Müller, *Passiver Widerstand im Ruhrkampf*, Münster 1996.
- 10 *Die Zerstörungen in Nordfrankreich und der Wiederaufbau*, hg. v. der Librarie du Progres, Paris 1923, S. 22-3.

Solche Vorwürfe waren typisch. Alles in allem wurde die deutsche Schwerindustrie für das Versagen auf dem Gebiet der Reparationsleistungen verantwortlich gemacht, „trotz“ – so Premierminister Poincaré – „ihrer skandalösen Prosperität“.¹¹ Zur gleichen Zeit wiederholte der französische Botschafter in Großbritannien, dass „die deutschen Industriemagnaten die wirklichen Herren Deutschlands“ seien und behauptete ferner, dass sie die Reparationsbestimmungen sabotierten, „um die militärische und wirtschaftliche Revanche an Frankreich vorzubereiten“.¹²

Folgerichtig schloss Poincaré im Mai 1923, dass der passive Widerstand „nicht aus dem Volk entstand, sondern es war die deutsche Regierung selbst, die blutige Zusammenstöße, Angriffe gegen die französische Garnison, Sabotageakte und einfache Verbrechen inszeniert hat“.¹³ Von Anfang an hat Paris deshalb eine bedingungslose deutsche Kapitulation verlangt.¹⁴ Schon im März hat der französische Premierminister an seinen Botschafter in Berlin, Pierre de Margerie, geschrieben:

„Die deutsche Regierung muss selber und zwar amtlich verhandeln. Deshalb muss unsererseits absolute Klarheit bezüglich unserer Forderungen herrschen. Wir würden in die Hände der deutschen Industriellen arbeiten, wenn wir ihre Manöver ernst nähmen oder ihnen sogar ein Gehör schenken. Die französische Regierung ist nicht ins Ruhrgebiet einmarschiert, um ein für die deutsche Schwerindustrie erträgliches Abkommen abzuschließen, sondern um ihren Widerstand zu brechen. Wir werden mit ihnen nicht verhandeln“.¹⁵

Schon wieder bezog sich Poincaré auf die angeblich organischen Verbindungen zwischen Regierung, Industrie und dem passiven Widerstand. Alles in allem wurde französischerseits die Tagesordnung der Widerstandsbewegung als eine von oben manipulierte, äußerst reaktionäre und revanchistische Gefahr betrachtet.

Diese zeitgenössische französische Einschätzung spiegelt sich merklich in wichtigen klassischen Interpretationen des Ruhrkampfes wider. Als Beispiel darf die Behauptung Stephen Schukers dienen, dass „die Berliner Ministerien jede Dimension dieser Resistenz, [...] Kooperationsverweigerung durch die Bürgerschaft, Eisenbahnbedienstete und Fabrikbesitzer bestimmten“.¹⁶ Solchen Einschätzungen nach kann die Geschichte des Ruhrkampfes uns schwer in die Kontinuitätsmodelle der deutschen Geschichtsschreibung eingefügt werden. Angeblich zeigte das Wesen der damaligen Außenpolitik beträchtliche Ähnlichkeiten mit der Politik des Wilhelminischen Reiches auf. Nach diesem Muster strebten die deutschen Eliten auch eine Vormachtstellung innerhalb der eigenen Gesellschaft an, was den Schein einer innergesellschaftlichen Versöhnung während des Ruhrkampfes illusorisch machte. „Der

11 E. Jüngst, Zur Abwehr, in: Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift, 59(9) (1923), S. 219.

12 Ebd.

13 Carl Bergmann, *The History of Reparations*, Boston/New York 1927, S. 193.

14 Vgl. Heinrich August Winkler, *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1994, S. 198; Peter Krüger, *Versailles: Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung*, München 1993, S. 116.

15 Jeannesson, Poincaré, S. 178.

16 Schuker, *French Predominance*, S. 25.

Mythos der klassenübergreifenden ‚Volksgemeinschaft‘“, so schreibt Hans Mommsen, überdeckte die zunehmend verschärften Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die seit 1922 zur Aushöhlung der Zentralarbeitsgemeinschaft geführt hatten“.17

Wenn man so argumentiert, war der Ruhrkampf letzten Endes kaum Sache der Republikaner Deutschlands. In diesem Sinn meint Michael Ruck, die Gewerkschaften wurden fast widerwillig im Widerstandskampf gefangen,18 und freilich blieb am Ende des Kampfes von ihrer bisherigen Macht oder Einfluss nur wenig übrig. Dagegen wurden die Ruhrindustriellen oft als die Sieger des heimischen Machtkampfes betrachtet, als sie „einen Sieg der korporatistischen politischen Wirtschaft über die Staatshoheit“ errangen,19 oder sogar als die eigentlichen Sieger aus dem Ruhrkampf hervorgingen. Als die Sechserkommission des Bergbau-Vereins im November 1923 die Micum-Rahmenverträge20 unterzeichnete, hatte sie dieser letzten Einschätzung nach die gesamte alliierte Reparationspolitik besiegt. Die Reparationsleistungen würden jetzt nur mit der Zustimmung der Ruhrindustriellen und unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Erholung Deutschlands erfolgen.21

So gesehen war das Scheitern des passiven Widerstands keine Überraschung. Zusehends von Regierung und Arbeitgebern betrogen, strömten beträchtliche Teile der verzweifelten Arbeiterschaft in die kommunistische Bewegung, während die christlich oder freigewerkschaftlich organisierte Mehrheit keine Motivation mehr besaß, den Kampf weiterzuführen. Schon im August beklagte sich der preußische Innenminister, Carl Severing:

„Es kann heute von einem passiven Widerstand kaum die Rede sein. [...] Die Einheitsfront ist von oben bis unten durchlöchert. Sogar die Schutzpolizei hat sich gefügt, die Geschäftswelt hat den Frieden mit den Franzosen geschlossen. Der passive Widerstand der Arbeiterschaft richtet sich neuerdings teilweise schon gegen die deutschen Unternehmer. Der moralische Tiefstand der Arbeiterschaft ist so groß, dass es jahrelanger Erziehungsarbeit bedürfen wird, die Arbeiterschaft wieder zu gewerkschaftlicher Disziplin zu bringen“.22

Letzten Endes verlangten Severing und seine Mitarbeiter, dass man dem Widerstand ein Ende machte, bevor die gesamte Gewerkschaftsbewegung und sogar Deutschland selbst zusammenbrachen. Unter den Arbeitgebern verursachte diese bürgerkriegsartige Lage eine ähnliche Krisenstimmung, die, nach Ludwig Zimmermann, zu Annäherungsversuchen an die Alliierten führte:

17 Mommsen, Freiheit, S. 141-42.

18 Ruck, Gewerkschaften, bes. S. 75-9.

19 Maier, Recasting, hier zitiert in Jacobson, Strategies, S. 89, Anm. 32. Vgl. Bernd Weisbrod, Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbedingungen im Ruhrbergbau. Vom ‚Herr-im-Haus‘ zur Mitbestimmung, in: Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, hg. v. Gerald D. Feldman/Klaus Tenfelde, München 1989, S. 138, wo er von „sozialpolitischem Rollback“ spricht.

20 Die Micum („Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines“) unterstand der frz. Zivilverwaltung. Nach Aufgabe des passiven Widerstands wurden jene Verträge zwischen der westdeutschen Industrie und der Micum geschlossen.

21 Trachtenberg, Reparation, S. 328-29.

22 Ruck, Gewerkschaften, S. 442. Vgl. die Diskussion der Ansichten des deutschen Industriellen Otto Wolff in: Jacques Bariéty, Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 Novembre 1918 - 10 Janvier 1925. De l'exécution à la négociation, Paris 1977, S. 228.

„Bei der Wahl zwischen dem Kommunismus und damit dem Untergang auf der einen und dem Ende des passiven Widerstandes und damit die Rettung ihrer eigenen Interessen auf der anderen Seite zögerten sie nicht mehr länger und vermehrten ihre Annäherungsversuche. [...] Es schiene so, als wolle eine wichtige Gruppe von Industriellen jetzt mit oder ohne Berlin die Initiative zur Aufgabe des passiven Widerstandes ergreifen und in direkte Beziehungen mit dem Befehlshaber der Ruhrarmee treten“.²³

So gesehen waren die Arbeitgeber, aber nicht die Arbeitnehmer, in der Lage, sich retten zu können, aber es herrscht hier keine Einigkeit. Die Micum-Bestimmungen waren in der Tat sehr hart und kurzfristig stellten sie die Rentabilität der Bergbauindustrie in Frage. Nach Bariéty oder McDougall habe Poincaré die Ruhrbarone und damit den passiven Widerstand besiegt.²⁴

Außerdem stößt man bei manchen prominenten Historikern auf die Auffassung, dass man die Interessen und Motivationen der Schwerindustrie und Regierung, trotz ihrer oft intimen Verknüpfungen, von Anfang an kaum gleichsetzen kann.²⁵ Schließlich, meint Wolfram Fischer, waren die meisten Geschäftsleute keine Politiker; sogar Hugo Stinnes war in erster Linie Geschäftsmann, dessen Unternehmenspolitik pragmatisch aufgestellt war und „damit in Richtung auf einen Ausgleich der Interessen“ wirkte.²⁶ Man soll auch daran erinnern, dass die Mehrheit der Bergwerksgesellschaften zuerst fast widerwillig am passiven Widerstand teilnahm. Während den ersten Tagen der französischen Besetzung versuchten sie, die Widerstandspolitik des Reichskohlenkommissars zu durchkreuzen, als sie der Micum weitere Lieferungen von Kohle und Koks – gegen Bezahlung – anboten.²⁷ Später, als sie immer größere Subventionen verlangten, um den Widerstandskampf überhaupt weiterzuführen, wuchsen die Vorwürfe dahingehend, dass die Schwerindustrie keine feste Verpflichtung gegenüber den Interessen der deutschen Nation zeigte. Sogar der politisch konservative Präsident der Reichsbank, Rudolf von Havenstein, beklagte im April einen angeblichen „Dolchstoß“ der Geschäftsleute gegen die Ruhrfront, als sie sich weigerten, weitere finanzielle Opfer zu brin-

23 Ludwig Zimmermann, Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan, Göttingen 1971, S. 126.

24 Siehe Jacobson, *Strategies*, S. 89, Anm. 32.

25 Vgl. Baechler, Stresemann; Gerald Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914-1924*, New York/Oxford 1997; Conan Fischer, *Heavy Industry, Society and Aspects of Foreign Policy in the Weimar Republic*, in: *revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 30(1) (1998), S. 53-61; Wolfram Fischer, *Wirtschaftliche Rahmenbedingungen des Ruhrkonflikts*, in: *Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg*, hg. v. Klaus Schwabe, Paderborn 1986, S. 89-101.

26 W. Fischer, *Rahmenbedingungen*, S. 97. Vgl. Feldman, *Disorder*, bes. S. 440 u. 747; Baechler, Stresemann, S. 457.

27 Conan Fischer, *The Ruhr Crisis 1923-24*, Oxford 2001, Kap. 3, S. 4-11. Außerdem sind Berichte über die Verhandlungen zwischen Schwerindustrie und Besatzungsmacht in der damaligen regionalen Tagespresse reichlich vorhanden. Siehe auch: Hans Spethmann, *Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte von Kriegsanfang bis zum Franzosenabmarsch 1914 bis 1925*. Band 3: *Der Ruhrkampf 1923 bis 1925 in seinen Leitlinien*, Berlin 1929, S. 60-84. Bezüglich der Gegenbefehle seitens des Reichskommissars: Bergbau-Archiv Bochum (BBA), Bestand 32, Hibernia A.G., (32)/4359. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung. Tagebuch Nr. 583.1.23.II. An die Bergwerks-Gesellschaft Hibernia“, Herne i.W., 16. Januar 1923.

gen.²⁸ Gleichzeitig wurde der Industrie seitens der Gewerkschaften und Sozialdemokraten wiederholt Landesverrat vorgeworfen; der passive Widerstand sei angeblich nie ihre Sache gewesen und letzten Endes hätte die Industrie den Kampf unterminiert und betrogen.²⁹

Wenn die obigen Kompliziertheiten das Einfügen der Ruhrkrise in ein historisches Kontinuitätsmodell erschweren, werden weitere Probleme durch neuere Interpretationen der französischen Nachkriegsaußenpolitik geschaffen.³⁰ Nur durch die Unterschätzung der Ambitionen, Absichten und riesigen Vorstellungen der französischen Politik kann man eine widerstrebende und defensive, teils widersprüchliche französische Ruhrpolitik etwa gegen die Totalitätsbegriffe eines Fritz Fischer setzen. Auch wenn die damalige deutsche Außenpolitik der Kritik ausgesetzt war, kam die Ruhrbesetzung nicht aus heiterem Himmel. Schon im Juni 1921 warnte zum Beispiel der britische Außenminister Curzon vor Frankreichs radikalen volkswirtschaftlichen und militärpolitischen Zielen: „Mit der Besetzung Lothringens, des Saargebiets und des Ruhrgebiets, wird Frankreich bezüglich Kohle, Eisen und Stahl die Herrin Europas, und durch die militärische Kontrolle dieser Gebiete würde sie [*sic*] auch die militärische Monarchin werden“.³¹ Als sich die britisch-französischen Beziehungen ab August 1922 wegen Meinungsverschiedenheiten über Reparationen und interalliierte Schulden dramatisch verschlechterten, wurden die seit dem Kriegsende bestehenden französischen Pläne, dieser bedrohlichen Isolation durch eine Besetzung des gesamten Ruhrgebiets zu entkommen, immer konkreter und ernster.³² Kurz nach dem Einmarsch erklärten Poincaré und seine engsten ministerialen Mitarbeiter, dass der Versailler Friedensvertrag zusammen mit dem Londoner Reparationsabkommen erfahrungsgemäß ungenügend und sogar undurchführbar wäre.³³ Obwohl es Frankreich unmöglich war, gegen britische Wünsche das Rheinland und Ruhrgebiet einfach von Deutschland abzutrennen, sollte eine Politik von *pénétration progressive* neue Tatsachen in den westlichen Teilen Deutschlands schaffen, die, im Laufe der Zeit, zu einer faktischen Separation des Gebiets führen würde.³⁴

28 Handbuch für sozialdemokratische Wähler, S. 74.

29 Ebd. S. 32, 74-7; Erdmann, Gewerkschaften, bes. S. 86-7. Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1980, S. 127.

30 Für die wichtigsten Quellen siehe Anm. 7.

31 Alan Sharp, Lord Curzon and British Policy Towards the Franco-Belgian Occupation of the Ruhr in 1923, in: Diplomacy and Statecraft, 8(2) (1997), S. 84.

32 Denise Artaud, Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923. Das Problem der interalliierten Schulden, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 27(2) (1979), S. 246-250. Siehe auch: Bariéty, Die französische Politik, S. 19; Jacobson, Strategies, S. 79-80; Jeannesson, Poincaré, S. 92-5.

33 Jeannesson, Poincaré, S. 272

34 Ruck, Gewerkschaften, S. 216-233; Jeannesson, Poincaré, S. 203-205, 217-233, 270-273; Müller, Widerstand, S. 146; Spethmann, Ruhrbergbau, Bd. 3, S. 32. Vgl. Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD), Regierung Düsseldorf. Politische Akten: IV Besatzungsangelegenheiten (R Dü)/16606(193), 26.6.23. Hier werden die strategischen und wirtschaftlichen Implikationen eines französisch kontrollierten Eisenbahnnetzes in den westlichen Regionen Deutschlands von der deutschen Regierung analysiert; HStAD Industrie- und Handelskammer, Düsseldorf (RW49)/58 Bd.II (214-17), 16. Juni 1923

Wenn man den Widerstand so versteht, scheinen die Ansprüche der republikanischen Bewegung auf den Ruhrkampf im Grunde gerechtfertigt. Es war den Sozialdemokraten immer klar, dass der Ruhrkampf wenig mit der wilhelminischen Außenpolitik gemeinsam hatte: „Für die Arbeiterschaft war es der Kampf für die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die politische Freiheit des Landes gegen die französische Fremdherrschaft, gegen die Unterdrückung und Misshandlung unserer Volksgenossen“.³⁵ Dass die Resistenz im Ruhrgebiet von unten erwachsen ist, wurde auch von der bürgerlichen Presse anerkannt, als man Mitte 1923 nach einem Ausweg aus der Konfrontation mit Frankreich suchte. Wie die Vossische Zeitung Ende April berichtete:

„Der Widerstand ist, wie jeder Sachkenner weiß, aus der Bevölkerung selbst herausgewachsen, und seine Hauptträger sind heute die breiten Massen der Arbeiterschaft. Die Parole, den passiven Widerstand vorübergehend aufzugeben, würde das größte Misstrauen erwecken und die Widerstandskraft der besonnenen Mehrheit gegen die kommunistische Agitation in gefährlichem Maße vermindern. Die Folge wäre ein Überhandnehmen der unkontrollierbaren Elemente“.³⁶

Wie die Vossische Zeitung fühlte sich Cunos Regierung selbst als Gefangener des passiven Widerstands, den sie schließlich als Sache der republikanischen Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr bewertete. Ihre Enttäuschung würde einfach in die Hände der Kommunisten spielen.³⁷ Schon vor den deutsch-alliierten Friedensverhandlungen vom Juni 1923 stellten die Sozialdemokraten es klar heraus, dass Frankreich seiner Aggression wegen bei seinen Zielen Abstriche machen sollte:

„Der Verzicht auf den passiven Widerstand kann nicht eher eintreten, bevor nicht die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben oder bevor nicht wenigstens die deutschen Unterhändler von ihrem aussichtsreichen Verlauf überzeugt sind. Gewiss, wir sind bereit, den passiven Widerstand aufzugeben, wenn Herr Poincaré das Ruhrgebiet von französischen Truppen räumt, und wir sind bereit, dann dafür einzutreten, dass die Sachleistungen auch Frankreich und Belgien gegenüber sofort wieder nach bestem Wissen und Gewissen im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit durchgeführt werden. Aber die deutsche Arbeiterschaft ist nicht so naiv, von vornherein ihre Verhandlungsposition bewusst zu schwächen. Das würde sie aber tun, wenn sie ihre einzige Waffe, den passiven Widerstand, aufgibt. [Das] würde schließlich Verrat am eigenen Lande bedeuten“.³⁸

Hier erfährt man keinen Hurra-Patriotismus, sondern eine Verknüpfung von republikanischen Werten, vom prinzipiellen Akzeptieren des ursprünglichen Reparationsabkommens und, unausgesprochen, von der Verteidigung des Versailler Friedensvertrags gegen die Regierung Poincarés.

35 Handbuch für sozialdemokratische Wähler, S. 31.

36 BBA 32/4364. Eine unmögliche Vorbedingung, Vossische Zeitung, zitiert in der Kölnischen Zeitung, No 296, 28. April 1923: Das unmögliche Verlangen. Berliner Stimmen zum passiven Widerstand.

37 Bundesarchiv (BA), Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern. Lageberichte (1920-1929) (R134)/21(2), 15. Juni 1923.

38 BBA 32/4364. Sozialdemokratischer Parlamentsdienst, in: Kölnische Zeitung, No 296, 28. April 1923: Das unmögliche Verlangen. Berliner Stimmen zum passiven Widerstand. Vgl. HStAD R Dü 16606(45), 21. Juni 1923.

Solche Gedanken kamen innerhalb der freigewerkschaftlichen Bewegung wiederholt zum Ausdruck. Anfang März verlangte Albert Martmöller, Vorstandsmitglied des Alten Bergarbeiterverbandes: „Der Kampf muss fortgesetzt werden, bis Frankreich zu der Einsicht kommt, dass mit Gewaltmaßnahmen keine wirtschaftlichen Differenzen geregelt werden können, dass das nur möglich ist, wenn man sich an den Tisch setzt und verhandelt“.³⁹ Etwas emotionaler lautete Ende März eine Gesamterklärung der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen:

„Der französische Imperialismus und Militarismus sind und bleiben arbeiterfeindlich. Kameraden! Wir bleiben fest im Abwehrkampf für unser Recht und unsre Freiheit. Wir lassen uns weder durch Zuckerbrot noch durch Peitsche vom französischen Militarismus und Imperialismus zur Fronarbeit zwingen. Der Widerstand wird wie bisher mit Ruhe und Entschlossenheit fortgesetzt werden, bis Frankreich von seiner brutalen Gewaltpolitik Abstand nimmt“.⁴⁰

Trotz dieser Entschlossenheit betonten die Gewerkschaften stets, dass sie nicht für „Deutschland“, sondern für eine deutsche Republik kämpften, die das Erringen ihrer sozialpolitischen Ziele ermöglichen würde. Wie der Alte Bergarbeiterverband sich äußerte, würde er „den Abwehrkampf gegen die französische Gewaltpolitik entschlossen führen helfen, [aber] ohne Verzicht auf seine grundsätzliche Stellung zum sozialen Kampf“.⁴¹ „Gleichzeitig [...] nach zwei Fronten einen Kampf auszufechten“ wäre Martmöllers Ansicht nach unmöglich. „Werden wir erst mit dem französisch-belgischen Militarismus fertig, dann wird es um so leichter möglich sein, die Auseinandersetzungen mit dem deutschen Kapitalismus zu führen“.⁴² Mit anderen Worten waren die Errungenschaften der deutschen Revolution und die Möglichkeiten, die die Republik der Arbeiterbewegung anboten, keineswegs unbedeutend. Dagegen fehlte es den französischen Behauptungen, sie „kämen als Freunde der Arbeiter, um diese von den deutschen Kapitalisten zu befreien“, völlig an Glaubwürdigkeit.⁴³

Obwohl die Arbeitgeber die Ergebnisse der Revolution ganz anders beurteilten, war für sie jedenfalls bis Mitte 1923 das Fortbestehen der Republik ein kleineres Übel als ein französischer Sieg an Rhein und Ruhr. „Gemeinsam mit der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft“ – so erklärte Anfang März die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände – „treten wir hinter die Kämpfenden und duldenden deutschen Brüder im besetzten Gebiet. Wir werden ihrem Beispiel folgen und keine Opfer scheuen, um Freiheit und Recht zurückzugewinnen“.⁴⁴ Schon hier spürt man, dass die Arbeitgeber sich nicht als Urheber des passiven Widerstands fühlten. Letzten Endes ging es für sie um die Rentabilität der Industriegewirtschaft selbst:

39 BBA 32/4364. Die deutsche Abwehr. Fortsetzung des passiven Widerstandes, in: Kölnische Zeitung, No 155, 2. März 1923.

40 BBA 32/4364. Die Haltung der Arbeiterschaft, in: Kölnische Zeitung, No 222, 29. März 1923.

41 BBA 32/4364. Fester Abwehrwille der Bergarbeiter, in: Kölnische Zeitung, No 72, 30. Januar 1923.

42 BBA 32/4364. Die deutsche Abwehr. Fortsetzung des passiven Widerstandes, in: Kölnische Zeitung, No 155, 2. März 1923.

43 BBA 32/4359. Abschrift. Herrn Direktor Middelmann, 7. Februar 1923.

44 BBA Bestand 55 Gelsenkirchener Bergwerks AG Essen (55)/2866. Aufruf der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, 14. März 1923.

„Wir Arbeitgeber aus allen deutschen Gauen sind auf Gedeih und Verderb mit Rheinland und Westfalen verbunden. Nachdem wir dem Saarbecken und dem oberschlesischen Kohlenrevier entrissen worden sind, würde der Verlust des Ruhrreviers ewige Abhängigkeit der ganzen deutschen Industrie bedeuten. Jeder freie Wettbewerb wäre dahin. Es geht um die letzte wirtschaftliche Freiheit! Darüber kann es kein Verhandeln geben. Sollen wir über die wirtschaftliche Unterjochung des deutschen Inlandsmarktes verhandeln“?⁴⁵

Trotzdem verlangte die Verwirklichung dieser Ziele eine enge, sogar intime praktische Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und öffentlichen Behörden im besetzten Gebiet, um überhaupt realistische Aussichten auf Erfolg zu haben.⁴⁶

Trotz der tiefen ideologischen Trennungslinien innerhalb der deutschen Gesellschaft verlangte deswegen die bedrängte Lage des Ruhrkampfes bemerkenswerte Beispiele von praktischer Zusammenarbeit zwischen Betriebsführern, Arbeitnehmern und Beamten. Diese Zusammenarbeit wurde wenigstens für die Arbeitnehmer durch die Errungenschaften der Revolution ermöglicht. Die preußische Zivilverwaltung im Einmarschgebiet blieb keineswegs im festen Besitz der kaiserlichen Bediensteten: ein Sozialdemokrat, Walther Grützner, ist Regierungspräsident in Düsseldorf, ein christlicher Gewerkschaftler, Johannes Gronowski, ist Oberpräsident Westfalens geworden.⁴⁷ Ferner schuf das Betriebsrätegesetz vom Februar 1920 Institutionen, die von großer praktischer und ideologischer Bedeutung waren. Die Befugnisse der neuen Betriebsräte waren begrenzt und sogar ambivalent,⁴⁸ aber trotzdem wurden sie „vollständig in das System der entstehenden parlamentarischen Republik integriert“, was unter der Mehrheit der Bergarbeiter für eine loyale Haltung zur Republik selber sorgte.⁴⁹ Ohne die Betriebsräte wäre eine konsequente tägliche Resistenz gegen französische Eingriffe in die Bergbauindustrie kaum denkbar,⁵⁰ und durch ihre Existenz wurde auch die alliierte ideologische Offensive gravierend erschwert.

Sicherlich haben die Industriemagnaten diese neuen arbeitspolitischen Einrichtungen keineswegs wohlwollend akzeptiert. In mehreren Industriebranchen, einschließlich des Ruhr-

45 Ebd.

46 Vgl. BBA 32/4364. Die deutsche Industrie und die Wiederherstellung. Eine Rede Krupps, in: Kölnische Zeitung, No 160, 5. März 1923; BBA 55/2866. Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände E.V. Tage-B.Nr. IG/9949. Herrn Geheimrat Kirdorf, 7. März 1923.

47 Vgl. Karl Teppe, Johannes Gronowski, in: Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts, hg. v. Walter Först, Köln/Berlin 1979, bes. S. 28-30. Vgl. Paul Bookbinder, Weimar Germany. The Republic of the reasonable, Manchester/New York 1996, S. 54-72, 84-100.

48 Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 136; Benno König, Interessenvertretung am Arbeitsplatz: Betriebsräte in der Metallindustrie 1920-1933, in: Arbeiter im 20. Jahrhundert, hg. v. Klaus Tenfelde, Stuttgart 1991, S. 69-70, 74.

49 König, Interessenvertretung, S. 69-70; Karin Hartewig, Wie radikal waren die Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1915/16-1924, in: Sozialgeschichte des Bergbaus im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Klaus Tenfelde, München 1992, S. 629.

50 Darstellend: BBA 32/4373. Richtlinien zur Durchführung gemeinsamer Abwehrmassnahmen gegen Eingriffe der Besetzung in den Betrieb. Schlägel u. Eisen I/II, III/IV, V/VI, 12./13. März 1923.

bergbaus, versuchte man, die Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte einzugrenzen,⁵¹ aber trotzdem sah die Lage im betrieblichen Alltag etwas anders aus.

Im Jahre 1923 beobachtete Josef Winschuh, Sozialsekretär eines Düsseldorfer Metallbetriebes:

„Im Großen und Ganzen haben sich die Unternehmer schnell mit der Einrichtung der Betriebsräte abgefunden. Man muss hier scharf unterscheiden zwischen der opportunistischen Einstellung des Werksbesitzers oder Werkdirektors – also die eigentlichen Arbeitgeber – zum Betriebsrat und der prinzipiellen Haltung der Arbeitgeberverbände oder der Arbeitgeberpresse. Die typischen, notwendig oft dogmatisch gefärbten Ausführungen und Ansichten letzterer darf man nicht schlechthin mit der Einstellung der Arbeitgeberschaft, vorzüglich der einzelnen Werksleitung, zum Rätewesen gleichsetzen. Die Einstellung des Werksleiters, des eigentlichen Werkspolitikers pflegt durchweg elastisch und realpolitisch zu sein“.⁵²

Es wurde trotzdem oft behauptet, dass diese Sachlichkeit eher in den moderneren Industriebranchen zu finden war, und dass besonders beim Bergbau eine Vorkriegsmentalität zu einer recht reaktionären Betriebspolitik führte.⁵³ Dass die leitenden Persönlichkeiten des Bergbauvereins in der Regel politisch-reaktionär waren, ist kaum zu leugnen, aber die Einstellung vieler Zechenbelegschaften sowie die unverkennbaren Unterschiede während des Ruhrkampfes zwischen der prinzipiellen Haltung der Bergwerksbesitzer und der sachlichen Tagespolitik der einzelnen Zechendirektoren lassen erkennen, dass man häufig die Lage allzu schwarz malte.

Beispielsweise behauptete bei einem Treffen zwischen französischen Offizieren und Mitgliedern des Betriebsausschusses der Wanne-Eickeler Zeche Shamrock I/II ein Offizier, „dass die Industriellen die Alliierten und die Regierung geschädigt hätten durch Stundung von 50 Milliarden Kohlensteuer. Die Arbeiter erklärten darauf, das könne nicht stimmen, da ihre Vertreter in den verschiedenen Behörden säßen und einen derartigen Gewinn der Unternehmer nicht geduldet hätten“.⁵⁴ Mit anderen Worten bewertete man hier die Errungenschaften der Revolution als ausreichend bedeutsam, um die Versprechungen und Behauptungen der französischen Besetzung zurückzuweisen. Die sozialen und arbeitsrechtlichen Gewinne der Nachkriegsjahre wurden mit den verhältnismäßig ungünstigen Zuständen im von Frankreich verwalteten Saargebiet sowie in Frankreich selber verglichen. Während des Treffens bekräftigte der Hauer Luckfeld, „dass die Gewerkschaften durch die Revolution gleichberech-

51 Werner Plumpe, *Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie*, München 1999, S. 131-89, 308-34. Vgl. Weisbrod, *Arbeitgeberpolitik*, S. 136-38 und Craig D. Patton, *The Myth of Moderation: German Chemical Employer Responses to Labour Conflict, 1914-24*, in: *European History Quarterly*, 24(1) (1994), bes. S. 40-6.

52 Werner Plumpe, *Die Betriebsräte in der Weimarer Republik: Eine Skizze zu ihrer Verbreitung, Zusammensetzung und Akzeptanz*, in: *Unternehmen zwischen Markt und Macht. Aspekte deutscher Unternehmens- und Industriegeschichte im 20. Jahrhundert*, hg. v. Werner Plumpe u. Christian Kleinschmidt, Essen 1992, S. 52.

53 Diese Meinung wird auch von Plumpe, *Betriebsräte*, S. 52-3, sowie in: *Betriebliche Mitbestimmung*, S. 265-405, vertreten.

54 BBA 32/4359. Abschrift. Herrn Direktor Middelmann, 7. Februar 1923.

tigte Verhandlungsparteien seien, wie die Unternehmer, dass andererseits aber Frankreich einmal im Saarbergbau die Gewerkschaften ausgewiesen habe, und zum anderen ein Zustandekommen von französischen Gewerkschaften mit allen Mitteln verhindere“.⁵⁵ Obwohl diese Einschätzung ein Übermaß an Optimismus zeigte, blieb wenigstens bis in den Frühsommer 1923 hinein die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Regel erhalten. Sogar während der letzten erbitterten Wochen des Ruhrkampfes arbeiteten die Zehndirektoren der Gelsenkirchener Bergwerks AG (Gelsenkirchener) eng mit den Betriebsräten zusammen, um zu retten, was noch zu retten war.⁵⁶

Zu dieser Zeit gingen viele verzweifelten und häufig hungernden Belegschaften zu offenen Unruhen über, deren Ursachen besonders komplex waren. Letzten Endes aber sind sie eher das Ergebnis einer schonungslosen französischen Besatzungspolitik gewesen, die die deutsche Widerstandsfähigkeit durch Lebensmittel- und Geldblockaden, Massenausweisungen und Verhaftungen, Ausgangssperren, Geiselnahmen und sogar Erschießungen gezielt erdrosselte.⁵⁷ Dass der passive Widerstand am Ende des Sommers zusammenbrach, ist unter diesen Umständen kaum erstaunlich. Vielmehr erstaunt es, dass die Ruhrgesellschaft überhaupt so lange aushielt. Obwohl die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Belegschaften im Bergbau seit langem durch wiederholte Konflikte gekennzeichnet waren, sind die Sommerunruhen von 1923 nicht bloß als eine Konfrontation zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu verstehen. Als die Zehndirektionen im August es nicht länger vermochten, Geldscheine aufzubringen, die die regelmäßige und genügende Bezahlung von Löhnen ermöglicht hätte, entstand unter den Zechenbelegschaften eine ausgesprochen verbitterte Stimmung.⁵⁸ Es hungerten ganze Familien und sogar Ortschaften, was besonders die jüngeren Bergarbeiter veranlasste, unter unionistischer oder kommunistischer Leitung gegen die Direktoren und leitenden Beamten zu rebellieren. Trotzdem dominierten die freien und christlichen Gewerkschaften die meisten Betriebsräte (es wurde 1923 nicht gewählt), die zäh gegen als utopisch abgelehnte kommunistische Forderungen ankämpften. Sie blieben dem passiven Widerstand und der Republik treu und verstanden nur zu gut, dass die Bergwerks-gesellschaften kaum imstande waren, großzügige Abschläge auszuzahlen. Unter diesen Umständen versuchten die meisten Betriebsräte, realistische, aber bescheidene Konzessionen zu erzielen.⁵⁹

55 Ebd.

56 Solche Beispiele wiederholen sich in den Stimmungs- und Situationsberichte der Gelsenkirchener Bergwerks-gesellschaft. Siehe u.A.: BBA 55/411. Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Schacht Zollern II, gez. Scheulen, 12. August 1923; BBA 55/411. Betrifft: Allgemeine Lage bei der Bergwerks-Abteilung in der Woche vom 10. bis 17. August. Zu den Akten, 21. August 1923; BBA 55/411. Betrifft: Stimmungsbericht. Zeche Westhausen, gez. Stratmann, 29. August 1923; BBA 55/411. Betrifft: Stimmungsbericht für ver. Hamburg und Franziska. Mitteilung an die Direktion. Schächte Franziska I/II, gez. König, 29 August 1923; Ebd., gez. König, 12. September 1923.

57 Siehe u.A.: Jeannesson, Poincaré, S. 191-205; Müller, Widerstand, S. 72-459; Ruck, Gewerkschaften, S. 216-233.

58 Fischer, Ruhr Crisis, Kap. 8, S. 25-37.

59 BBA 55/411. Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Rhein-Elbe Gelsenkirchen. Betr.: Stimmungsbericht für die Zeit vom 6.-13.9.23. Betriebsabteilung B I., gez. Hueck, 13. September 1923;

Für viele Zechendirektoren waren die Mehrheitsgewerkschaften und die von ihnen kontrollierten Betriebsräte ihre Rettung. Am 17. August zum Beispiel berichtete der Direktor der Schächte Franziska I/II in Witten:

„Fast vor jeder Anfahrt findet zunächst eine Aussprache statt, die damit endet, erneut Anträge auf Auszahlung höherer Beträge zu stellen unter Berufung auf die Teuerung und die Lohnhöhen der Eisenbahner und Fabrikarbeiter. Der Betriebsrat hat bisher noch den wesentlichen Einfluss auf die Belegschaft, obgleich auch von kommunistischer Seite stark gehetzt wird. Am Dienstag, dem 14. d.M., fand eine Bücherkontrolle statt und es wurde von jedem verlangt, sich irgend einem Verbands anzuschließen.“⁶⁰

Dieser Direktor hat also nicht nur die Mäßigkeit des Betriebsrats anerkannt, sondern auch die Vorteile gewerkschaftlicher Disziplin. Statt der Unterdrückung der Gewerkschaften hat er sie unterstützt und praktisch gestärkt. Unter den damaligen Umständen war seine Haltung durchaus verständlich und dazu auch typisch. Auch die Führung der Bergwerks-Abteilung bei der Gelsenkirchener erkannte im selben Monat die unentbehrliche Rolle der Betriebsräte in der Weiterführung dieser Bergwerksgesellschaft überhaupt, als sie zugab, dass „nur mit Mühe [...] die Betriebsverwaltungen zusammen mit den Betriebsräten die Belegschaften einigermaßen in Ruhe und Ordnung halten“ konnten.⁶¹

Wenn diese Notgemeinschaft zwischen Direktion und Betriebsrat unter den Umständen durchaus verständlich war, hat solche Zusammenarbeit trotzdem tiefere Wurzeln geschlagen, als man hätte erwarten können. Dass die Betriebsräte der Arbeitnehmerschaft wenigstens gewisse Vorteile versprochen, ist offenkundig, aber diese Ausschüsse boten auch den Zechendirektoren einige Gelegenheiten. Nach der heftigen Reaktion des Bergbau-Vereins zur Aufgabe des passiven Widerstands am 26. September 1923 kamen seitens der Direktoren solche Gedanken unverkennbar zum Ausdruck.

Die Ursprünge dieser Reaktion waren komplex. Führende Ruhrindustrielle wie Hugo Stinnes und Peter Vögler unterstützten die Entscheidung zur Aufgabe der Resistenz,⁶² aber sie erkannten, dass die deutsche Regierung ihnen keine sofortigen finanziellen Zusagen anbieten konnte.⁶³ Ferner zeichnete es sich zur damaligen Zeit bereits ab, dass die Regierung Poincarés keine Kompromissbereitschaft zeigen würde,⁶⁴ was zu einer äußerst pessimistischen Stimmung innerhalb der Geschäftswelt beitrug. Sogar die notwendige und schon geplante Über-

BBA 55/411. Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Rhein-Elbe Gelsenkirchen. Betr.: Stimmungsbericht für die Zeit vom 13.-20.9.23. Betriebsabteilung B III., gez. Bruch, 20. September 1923, Vgl. Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster (StAM), Regierung Münster: Besatzung (Nr Bes) 65. Deutsche Reichsbahn, Generalbetriebs-leitung West. Lagebericht Nr. 130 vom 18. August 1923: I. Allgemeines, 1, 18. August 1923.

60 BBA 55/411. Betrifft: Stimmungsbericht. Schächte Franziska I/II, 17. August 1923.

61 BBA 55/411. Allgemeine Lage bei der Bergwerks-Abteilung in der Woche vom 10. bis 17. August, 21. August 1923.

62 Jeannesson, Poincaré, S. 295.

63 Mommsen, Freiheit, S. 159. Vgl. Bariéty, Relations, S. 228, Anm. 22.

64 Baechler, Stresemann, S. 354-362. Vgl. Peter Krüger, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1993, S. 116-7; Jeannesson, Poincaré, S. 293-303.

windung der verheerenden Inflation würde – so die Bergbauindustrie – gravierende Nachteile mit sich bringen: „Es hieße das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man ganz allgemein einfach den Ersatz der Papiermarkkredite durch Goldmarkkredite verlangte. Die Kernfrage ist doch, ob die Wirtschaft ohne die Papiermarkkredite heute überhaupt noch im Gange wäre“.⁶⁵ Für die Geschäftsleute des besetzten Gebiets verlangte die Lage drastische Initiativen einschließlich längerer Arbeitstage und eines Lohnabbaus, um einen nachfolgenden Preisabbau zu ermöglichen. Schon am 26. September verlangte die Düsseldorfer Handelskammer: „Es muss also darauf hingewirkt werden, dass die Produktionskosten im besetzten Gebiet soweit gesenkt werden, dass die hier hergestellten Erzeugnisse sowohl im unbesetzten Deutschland als auch im Auslande abgesetzt werden können“.⁶⁶

Im Bergbau verbanden sich diese Sorgen mit langfristigen Schwierigkeiten: „Bei der Bergbauabteilung der Vereinigten Stahlwerke“, so Plumpe, „ging es um betriebswirtschaftliche Kennziffern, die nach 1918 einen starken Rückgang der Leistung und der Gewinne indizierten, und zwar einerseits wegen geringer Leistungsbereitschaft, schlechter Ernährung und kürzerer Arbeitszeiten, andererseits wegen sinkender bzw. stagnierender Umsätze bei gleichzeitig zunehmenden Kosten (Löhne, Abgaben etc.)“.⁶⁷ Diese Probleme waren für die Bergbauindustrie typisch.⁶⁸ Schon vor der Ruhrkrise hat man an einen Lohnabbau und an die Wiedereinführung des 8½-Stunden-Arbeitstags gedacht, Ende September hat sich die Lage zusehends verschlechtert, als der Preis deutscher Kohle 38 Goldmark pro Tonne gegenüber 22 Goldmark für britische Kohle erreichte.⁶⁹ Sogar der heimische Markt wurde zunehmend mit ausländischer Kohle überschwemmt und dazu erwartete man, dass die Besatzungsmächte in der nächsten Zeit äußerst schwere Reparations- und Steuerabgaben fordern würden. Ende September trafen sich die Mitglieder des Bergbau-Vereins in Unna-Königsborn zusammen, um weitgehende Konzessionen, darunter den 8½-Stundentag, von den Arbeitnehmern und der Regierung zu verlangen.⁷⁰

Die arbeitspolitische Situation war kurz vorher immer noch nicht ganz hoffnungslos. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts Stresemann stimmten dem Vorschlag des Arbeitsministers Braun zu, einen Achtstundentag beim Bergbau einzuführen, was das breitere Prinzip des Achtstundentages nicht verletzt hätte.⁷¹ Auch die Freien Gewerkschaften kannten die beim Bergbau herrschenden misslichen ökonomischen Ver-

65 HStAD RW49/69I(92), 7. Oktober 1923.

66 HStAD RW49/69I(54-56), 26. September 1923.

67 Plumpe, Betriebliche Mitbestimmung, S. 254.

68 Siehe u.A.: J. Ronald Shearer, *The Social Consequences of Modernisation: Rationalization and the Politics of the Labor Market in the Ruhr Coal Mines, 1918-1929*, in: *Sozialgeschichte des Bergbaus im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. v. Klaus Tenfelde, München 1992, S. 422; Weisbrod, *Arbeitgeberpolitik*, 136-7.

69 Spethmann, *Ruhrbergbau*, Bd. 3, S. 184, 378-9. Vgl. BBA 32/4365. Über die Lage des Bergbaues: *Herner Zeitung*, No 234, 5. Oktober 1923.

70 Spethmann, *Ruhrbergbau*, Bd. 3, S. 378-9.

71 Feldman, *Great Disorder*, S. 745. Siehe auch: Baechler, Stresemann, S. 372-3; und Mommsen, *Ver Spielte Freiheit*, S. 155.

hältnisse nur zu gut und akzeptierten prinzipiell eine Arbeitszeitverlängerung. Sogar nach dem Unna-Treffen schrieb der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, in der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“, dass die Gewerkschaften immer noch bereit seien, „für eine Mehrarbeit zur Erhöhung der Produktionsleistung überall da einzutreten, wo dies geboten und möglich ist, wenn damit der gesetzliche Achtstundentag nicht angetastet wird“. Wichtig war Leiparts beharrende Position darauf, dass irgendeine Änderung der Arbeitsbedingungen auf dem Verfassungsweg geschehen sollte, der „den Arbeitern und Angestellten ausdrücklich das Recht garantiert, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“.⁷²

Es herrschte zu dieser Zeit unter den Zechenbelegschaften eine resignierte Stimmung, als man akzeptierte, dass die katastrophale Lage längere Arbeitsstunden verlangen würde. Kurz vor der Veröffentlichung des Unna-Beschlusses berichtete Bruch, Direktor der Dortmunder Zechen Minister Stein und Fürst Hardenberg: „Die Stimmung der Arbeiter ist gedrückt, besonders im Hinblick auf den wahrscheinlich für sie eintretenden Verlust des Achtstundentages, obwohl die Ansicht der vernünftigeren Arbeiter wohl allgemein dahin geht, dass eine Besserung ihrer Lage nur durch Mehrarbeit erzielt werden kann“.⁷³ Auf den Zollern-Schächten in Essen herrschte eine ähnlich resignierte Stimmung, aber hier machte die Belegschaft die Franzosen für die Beseitigung ihrer durch die Revolution errungenen Arbeitsbedingungen verantwortlich.⁷⁴ Alles in allem herrschte Einstimmigkeit darin, dass das Scheitern des passiven Widerstandskampfes für die Arbeiterschaft des besetzten Gebiets schwerwiegende Folgen haben würde, aber zusammen mit den sozialdemokratischen Regierungsministern und Gewerkschaftsführern erwarteten die Bergarbeiter, dass eine parlamentarische Lösung zur Krise führen würde.

Der Achtstundentag und seine gesetzliche Verankerung waren für die gesamte republikanische Bewegung ein wichtiges Symbol der parlamentarischen Demokratie geworden und in dieser Beziehung sind die Bergwerksbesitzer in Unna zu weit gegangen. Der prominente Industrielle und DVP-Reichstagsabgeordnete Hugo Stinnes spielte hier die entscheidende Rolle, als er seine Parteikollegen, nicht aber das Parlament, über den Unna-Beschluss ultimativ in Kenntnis setzte. Außerdem sprach er unaufrichtigerweise während dieses Treffens von einer achtstündigen Arbeitszeit, obwohl man in Unna eine fördernde Schichtzeit von acht Stunden verlangte, was die oben erwähnte Vorkriegsarbeitszeit von 8½ Stunden wieder eingeführt hätte.⁷⁵ Die entstehende Konfrontation gefährdete – kurz gesagt – nicht nur die Regierung Stresemann, sondern auch die ganze Weimarer Ordnung, bevor die Bergwerksbesit-

72 Zitiert in: Spethmann, Ruhrbergbau 3, S. 377.

73 BBA 55/411. Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Rhein-Elbe, Gelsenkirchen. Betr.: Stimmungsbericht für B.III für die Zeit vom 27.9.-4.10.23, gez. Bruch, 4. Oktober 1923.

74 BBA 55/411. Betrifft: Allgemeine Lage auf den Zollern-Schächten. Berichtswoche vom 27.9 bis zum 3.10.23. Mitteilung an den Vorstand, gez. Scheulen, 4. Oktober 1923.

75 Feldman, Great Disorder, S. 743-4. Siehe auch Spethmann, Ruhrbergbau, Bd. 3, S. 184-6.

zer vor einer drohenden Eskalation des Konflikts zurückschreckten und einige Monate später eine verfassungsrechtliche Kompromisslösung annahmen.⁷⁶

Es ist aber bemerkenswert, dass das Verhalten der Besitzer Anlass zu ganz unerwarteter und heftiger Kritik seitens der Zechendirektoren gab. Am 11. Oktober beklagte sich besagter Zechendirektor Bruch:

„Der Versuch [...] der Einführung der Vorkriegszeit gegen Gesetz und Tarif hat die Stellung der Betriebsleitung bei ihrer ständigen Betonung der Rechts- und Gesetzmäßigkeit bei allen Verhandlungen schwer geschädigt, um so mehr als der Versuch abgeblasen wurde. Der Arbeiter wäre selbst durch die zweifellos noch schärfer werdende Not bei notwendigen Feierschichten infolge Konkurrenzunfähigkeit zu dem Anspruch des Willens nach Mehrarbeit gelangt und würde selbst den Achtstundentag, die ihm noch einzig gebliebene so genannte Errungenschaft der Revolution, als ein Übel erkannt haben. In beiden Betriebsratssitzungen kam zum Ausdruck, dass man sich mit dem Gedanken der Mehrarbeit bereits vertraut gemacht habe, die Mehrarbeit aber erst nach gesetzlicher bzw. tariflicher Regelung aufnehmen werde. Der bisher noch schwankende Teil der Arbeiterschaft muss bei unserem gescheiterten Versuch natürlich wieder in den Argwohn verfallen, die Unternehmerschaft werde zu der Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit lediglich durch Eigennutz getrieben“.⁷⁷

Auch wenn das Letztere stimmen mag, ist der Ärger Bruchs trotzdem unverkennbar, als ihm die praktischen und moralischen Vorteile der Nachkriegsgesetzgebung entzogen worden sind. Auch Scheulen, Direktor der Essener Zollern-Schächte, hatte nichts gegen die Einführung der Mehrarbeit einzuwenden und stimmte mit Bruch darin überein, dass die Belegschaft „sich schon mehr oder weniger mit diesem Gedanken vertraut gemacht“ hatte.⁷⁸ Aber es erwies sich als fatal, solche Maßnahmen gegen das Gesetz und die Tarifvorschriften einzuführen:

„Die Betriebsräte, denen am Tage vor der geplanten Schichtverlängerung der Beschluss vorgelegt wurde, sahen durchweg die Notwendigkeit einer Leistungssteigerung ein, wandten sich aber aufs Schärfste gegen das Vorgehen, dass unter Nichtachtung der bestehenden Tarifverträge und Arbeitsverordnung ohne Zustimmung der Gewerkschaften und Betriebsräte der Arbeiterschaft eine Schichtverlängerung aufgezwungen werden sollte. Es war vorherzusehen, dass kein Mitglied des Betriebsrates dem Beschlusse seine Zustimmung geben würde. [...] Nachdem wir jahrelang aufs Strengste darauf geachtet hatten, dass die Tarifbestimmungen und alle mit den Verbänden getroffenen Vereinbarungen aufs Genaueste durchgeführt wurden, war unsere Stellung, soweit die rechtliche Seite dieser Frage angeschnitten wurde, äußerst schwierig“.⁷⁹

Außer Scheulens Zorn erkennt man hier seine eindeutige und langfristige Verpflichtung gegenüber der bestehenden Tarif- und Mitbestimmungsordnung. Trotz der Haltung ihres

76 Siehe u.A.: Baechler, Stresemann, S. 372-7; Feldman, Great Disorder, S. 742-3; Mommsen, Verspielte Freiheit, 154-5; Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 139.

77 BBA 55/411. Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Rhein-Elbe Gelsenkirchen. An die Hauptstelle, Essen. Betr.: Stimmungsbericht ver. Stein u. Hardenberg, Minister Stein, gez. Bruch, 11. Oktober 1923.

78 BBA 55/411. Betrifft: Allgemeine Lage auf den Zollern-Schächten. Berichtswoche vom 4. bis zum 10. ds. Mts., gez. Scheulen, 11. Oktober 1923,

79 Ebd.

Vorstands wurde den Betriebsräten der Gelsenkirchener lange vor der Ruhrkrise eine bedeutende Rolle gewährt, die im Oktober 1923 verloren ging. Statt weiterer Zusammenarbeit entstand eine bürgerkriegsähnliche Stimmung, die nun auch die politisch gemäßigten Teile der Zechenbelegschaften umfasste. Unter diesen Umständen befand sich der Direktor der Wittener Zechen Hamburg und Franziska in einer trostlosen Lage:

„Mir wurde erklärt, dass sich die Belegschaft nur an die Weisungen der Organisation halte, treu hinter der Regierung stände, in keinem Falle aber die verlängerte Arbeitszeit anerkennen werde. [...] Aus den Äußerungen vieler Arbeiter ist bemerkenswert, dass man mit einer verlängerten Schichtzeit, allerdings nicht in dem angesagten Umfange, bereits im Stillen gerechnet hatte. Auch wies man darauf hin, dass die Belegschaft, den Verhältnissen Rechnung tragend, auch vor dem Einbruch der Franzosen schon Überstunden geleistet hätte, die dann aber auch entsprechend bezahlt wurden. Ausgeschlossen sei es, von einem durch Mangel an Nahrungsmitteln entkräfteten Körper Mehrleistungen zu fordern“.⁸⁰

Auch wenn die Bergwerksbesitzer in Unna verhältnismäßig wenig mit diesen harten Realitäten zu tun hatten, war es ihren Direktoren klar, dass ihre körperlich entkräfteten Belegschaften jetzt auch grundsätzlich politisch entfremdet waren. Diese Betriebsdirektoren waren sicherlich keine Anhänger der Republik, aber sie waren notwendigerweise pragmatische Männer, die die Vorteile des Betriebsrätegesetzes anerkannten. Mit der Existenz der Betriebsausschüsse sind sie offensichtlich entweder zurechtgekommen oder sie haben sich wenigstens damit abgefunden. Diese Kompromissbereitschaft – so Scheulen – bestand schon vor dem Ruhrkampf und hat auch die eigentliche Durchführung des passiven Widerstands ermöglicht. Für das französische Militär war diese Art Zusammenarbeit eine ganz böse Überraschung, aber mit dem alliierten Sieg und dem Scheitern der Resistenz entstand innerhalb der deutschen Wirtschaft und besonders beim Bergbau eine tief greifende Krise, die diese Anfänge einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern überschattete und bald darauf gravierend erschütterte.

Man kann nur spekulieren, wie sich diese Art Kooperation entwickelt hätte, wenn der passive Widerstand von seinem bösen Ende verschont geblieben wäre. Es besteht aber kein Zweifel daran, dass das Scheitern des passiven Widerstands zusammen mit der kompromisslosen Politik der Regierung Poincarés beim Bergbau jegliche Hoffnung auf eine Weiterentwicklung der Mitbestimmungspolitik zerstörte. Die Republik vermochte es, die Krisen von 1923 zu überleben und sich kurzfristig sogar zu stabilisieren, aber die Verfassungshüter der Republik waren desillusioniert – ihre Feinde dagegen gestärkt. Ein wenig zugespitzt könnte man behaupten, dass die erste deutsche Republik im Herbst 1923 einen entscheidenden Existenzkampf verloren hat.

80 BBA 55/411. Betrifft: Stimmungsbericht für ver. Hamburg und Franziska. Mitteilung an die Direktion, 10. Oktober 1923.